

Haushaltsrede der SPD-Fraktion in Lüdinghausen vom 19.03.2009,
gehalten von Herbert Breuer, stellv. Fraktionsvorsitzender

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren

Soeben sind die 700-Jahr Feiern zu Ende gegangen. Ein volles Programm in Lüdinghausen. Eine Vielzahl von Veranstaltungen sind in diesem Rahmen der 700-Jahre erfolgreich durchgeführt worden. Zum Gelingen dieser Veranstaltungen haben viele Vereine, Verbände und Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt beigetragen. Ihnen allen gilt heute unser Dank für das ehrenamtliche Engagement, vieles wäre so nicht umsetzbar gewesen.

Herr Bürgermeister,

Am 29. Januar haben Sie den Haushalt für 2009 eingebracht. Heute soll er verabschiedet werden, nicht einmal 9 Monate nach der Verabschiedung des Haushaltes für 2008. Und schaue ich mir unsere Rede vom letzten Jahr an, kann ich vieles auch heute 1 zu 1 übernehmen. Man ist geneigt zu sagen, da hat sich nicht viel getan; weit gefehlt. Im Juni haben wir davor gewarnt, was passiert, wenn die Konjunktur mal wieder eine Delle bekommt, weil wir in besten Zeiten es nicht geschafft haben, unseren Haushalt zu konsolidieren, im Gegenteil. Eine Weltwirtschaftskrise in dieser Dimension hat keiner vorhergesehen. Noch scheint sie in Lüdinghausen nicht richtig angekommen zu sein und hoffentlich ist unsere Wirtschaft stabil genug, dem Stand zu halten. Aber die Finanzkrise schlägt in die Realwirtschaft durch. Seriöse Einschätzungen, welche ökonomischen Auswirkungen die Finanzkrise auf die Gesamtwirtschaft sowie auf den Arbeitsmarkt haben wird, gibt es noch nicht. Und alle die, die noch vor Monaten Privat vor Staat riefen, sind nun die Ersten, die Unterstützung einfordern. Und nicht nur die Privat- und Geschäftsbanken haben spekuliert, gezockt und hochriskante Anlagen getätigt, sondern gerade auch kommunale Banken und Landesbanken, deren Aufgabe es ist, den Mittelstand zu fördern und kommunale Aufgaben zu finanzieren.

Die Auswirkungen dieser Spielsucht werden von Tag zu Tag klarer ersichtlich und betreffen auch uns. Die Spar- und Genossenschaftsbanken sind zu Ausgleichzahlungen verpflichtet. Die Folge ist weniger Kreditvergabe an investitionswillige mittelständische Unternehmen und an Privatkunden. Geplante Um- und Neuansiedlungen werden zurückgestellt. In solch einer Situation wäre es angemessen, dass die Kommunen von der schwarz-gelb geführten Landesregierung entlastet würden. Das Gegenteil ist der Fall.

Die CDU-FDP Landesregierung bedient sich immer schamloser und die Finanzlagen der Kommunen werden immer desolater. Der Gesamtschuldenstand der Nordrhein- Westfälischen Kommunen hat Mitte des Jahres 2008 rund 51 Milliarden Euro betragen.

Meine Damen und Herren, noch keine Landesregierung hat so auf Kosten der Kommunen gelebt und gewirtschaftet wie die schwarz-gelbe Regierung Rüttgers.. Nur einige wenige Beispiele:

- Mit dem GFG (Gemeindefinanzierungsgesetz) 2007 wurde der Anteil der Kommunen an der Grunderwerbssteuer gekürzt.
- Mit dem GFG 2009 soll die Verbundquote auf deutlich unter 23 % gekürzt werden.
- Die Mittel für frühkindliche Bildung und Betreuung wurden kontinuierlich gekürzt, Mittel für den Elternbeitragsdefizitausgleich erheblich zurückgefahren.
- Zuschüsse des Bundes für die Betreuung der unter Dreijährigen wird nicht in Gänze an die Kommunen weitergeleitet.
- Die Erstattungen für die Schülerbeförderung reduziert,
- der Kommunalanteil an den Krankenhausinvestitionen von 20% auf 40 % erhöht.

Ich würde meine gesamte Redezeit verbrauchen, um die Liste der Belastungen komplett vorzutragen. Die Sündenliste addiert sich inzwischen auf 1,845 Milliarden Euro!

Die SPD-Landtagsfraktion hat angesichts der immensen strukturellen Probleme vieler Städte in NRW ein Stärkungspaket „Stadtfinanzen“ gefordert. Hierdurch sollen die betroffenen Städte nachhaltig von hohen Zins- und Tilgungslasten befreit werden.

Und auch die CDU, ich betone ausdrücklich – IHRE PARTEIFREUNDE - im Kreis Coesfeld bedient sich weiterhin bei den Kommunen. Sie, Herr Bürgermeister haben es in ihrer Einbringungsrede angesprochen. Die Belastungen für die Gemeinden und Städte des Kreises Coesfeld werden weiter steigen. Ich kann hier nur den Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion Dietmar Bergmann zitieren. In seiner Rede sagte er folgendes: *“Zurück zur Kreisumlage: Manchem Abgeordneten im Kreistag scheint immer noch nicht klar zu sein, dass es sich bei den kreisangehörigen Kommunen um unsere Partner und nicht um unsere Gegner handelt. Wenn seitens des CDU-Fraktionsvorsitzenden also im Kreisausschuss und dankenswerter Weise auch in der Presse bekannt wird, dass es darum geht, sich ein Polster für schwierigere Jahre aufzubauen, offenbart das doch eine ganze Menge:*

1. *Wir nehmen den Städten und Gemeinden dringend benötigtes Geld weg, um es selbst erstmal auf die Bank zu legen.*
2. *Der Haushalt ist alles andere als „Spitze auf Kante“ genäht.*

Wo der erste Grund doch nur ein Zeichen eines verfehlten Miteinanders im Kreis ist, entlarvt der zweite Punkt eine Haushaltspolitik, die sich in den vergangenen Jahren hier anscheinend festgesetzt hat. Der Kreis kalkuliert nicht knapp, um seinen Partnern zu helfen, sondern er baut Sicherheitspolster ein. Das zeigt sich ja offenbar auch im Jahresabschluss 2008, der insbesondere im Sozialbereich eine deutlich zu hohe Kalkulation offenbart. Nur am Rande: Auch darauf haben wir im letzten Jahr deutlich hingewiesen.

Und hier komme ich noch einmal auf den Jugendetat zurück. Mehrausgaben anstreben und trotzdem die Planansätze beizubehalten, wie das funktionieren soll, ist mir und wahrscheinlich auch den betroffenen Bürgermeistern ein Rätsel. Auch hier scheint es Sicherheitspolster ohne Ende gegeben zu haben. Der gesamte Etat ist vollkommen unglaubwürdig und das ist umso schlimmer, da wir doch hier über die differenzierte Kreisumlage reden müssen.“ Zitat Ende.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktion, liebe CDU Kreistagsabgeordnete, was machen Sie eigentlich gegen die CDU-Politik im Kreis? Es ist schon doppelzünftig, was sie hier betreiben. Ein Beispiel: Wie haben den Verkauf der Anteile der RVM an den Kreis gefordert, damit der Kreis die Kriterien nach dem 4 EuGH erfüllen kann und somit ein Fortbestand der RVM gesichert wird. Sie alle haben dem hier nicht zugestimmt, aber im Kreistag spricht Anton Holz ganz anders, so Lambert Lonz aus unserer Fraktion. Es ging uns hier nicht darum, Einnahmen zu erzielen, es geht um die Zukunft des ÖPNV im Kreis, sie scheinen es nicht begriffen zu haben.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, dies ist Ihre letzte Haushaltseinbringung in Lüdinghausen - zumindest in dieser Amtszeit - daher ist ein kurzer Rückblick angemessen.

Durch die Umsetzung des GPA-Gutachtens wollten wir unseren Haushalt konsolidieren. Umgesetzt worden ist die Entnahme aus dem Abwasserwerk, was nicht zuletzt zur Klage gegen die Gebührenberechnung geführt hat. Wir haben im vergangenen Jahr viel über Abwassergebühren gestritten. Eines steht für uns heute fest. Auch wenn die Richterin Recht gesprochen hat, fest steht, dass Gebühren nur die Kosten decken, aber keinen Gewinn abwerfen dürfen. Die Berechnungsgrundlage, die Art und Weise wie kalkuliert wird, auch da besteht nach wie vor hoher Klärungsbedarf gegenüber uns Ratsvertretern.

Herr Bürgermeister, Sie schaffen es nicht, und das trotz hochkarätiger juristischer Unterstützung von Außen und des Sachverständigen, den Sie und ihr Beigeordneter als Jurist mitbringen, die Unklarheiten zu beseitigen. Es scheint, dass die besten Anwälte nicht die sind, die aufklären, sondern die, die verschleiern!

Das war eine, aber nicht die einzige Panne, ich erinnere hier nur an die Kanalsanierung im Telgengarten, wo mit veralteten Zahlen aus 2005 gearbeitet wurde, es ergab sich eine Kostenexplosion um das 2,5 fache, und der Anlieger muss zahlen. Wir haben die Aufhebung der Ausschreibung gefordert, aber ihr Rechtsbeistand machte klar, dass die Stadt gegebenenfalls in Regress genommen werden könne.

Die Eröffnungsbilanz nach NKF wird für die Stadt erst im Frühjahr 2009 vorgelegt werden können, so unser Kämmerer im Oktober. Dies hätte längst geschehen müssen, auch da bastelt unsere Verwaltung schon lange herum. Gerade jetzt, gerade jetzt aber brauchen wir zur Steuerung dringend verlässliche Zahlen, ein ordentliches Straßenkataster und eine Übersicht über das Vermögen der Stadt.

Aber der Termin wird immer weiter verschoben. Und das obwohl die Mitarbeiter immer 150 % geben, wie sie so schön betonen.

Etwas gibt uns im Bereich Personal erheblich zu denken.

Wir haben hier im Vergleich zu anderen Kommunen eine hohe Fluktuationsquote in 2007 von über 8%. Diese hohe Quote führt dazu, dass Kontinuität schwer umsetzbar ist.

Das lässt sich auch an der Lüdinghauser Planung zum Konjunkturpaket ableiten. Während andere Kommunen und sogar der von Ihnen gescholtene Kreis Coesfeld Projekte bereits entwickelt haben und dafür Sorge tragen wollen, dass durch notwendige Investitionen die Konjunktur nicht völlig abflaut, hat Lüdinghausen noch Bedenken. Auch hier werden wir unserer gesellschaftlichen Verantwortung nicht gerecht – denn das ist die Umsetzung des Konjunkturpaketes auch, Verantwortung in schwierigen Zeiten zu tragen.

Wohlgemerkt, es liegt nicht an den Mitarbeitern, die Verantwortung liegt ganz allein beim Bürgermeister, er muss die Verantwortung für diese Missstände übernehmen. Herr Borgmann, kann es sein dass sie in Punkto Personalentwicklung versagt haben?

Zum Haushalt:

Die Eckzahlen sind bekannt, (Herr Dr. Wald hat sie in seiner Rede noch einmal erwähnt.)

Der Gesamtbetrag der Erträge beläuft sich auf 36.107.600 €

Die Gesamtaufwendungen betragen 40.195.500 €

Das negative Jahresergebnis von 4.087.900 € muss durch eine Verringerung der Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden.

Herr Bürgermeister, es ist schon seltsam, dass Sie in Anbetracht dieser Zahlen von einem ausgeglichenen Haushalt sprechen können. Der Werteverzehr unserer Stadt beläuft sich auf über 4 Mio. Euro. In 3 Jahren haben wir diese Ausgleichsrücklage, die ja nur eine fiktive Größe darstellt, aufgebraucht. Und dann??

Positiv muss aber auch vermerkt werden, dass unsere Verschuldung zurückgefahren worden ist und wir ohne neue Kreditaufnahmen auskommen können. Ende 2009 werden die Kreditverpflichtungen von 7 Mio. auf 5,8 Mio. zurückgegangen sein.

Für Investitionen stehen 5.739.430 € zur Verfügung. Besonders ist hier der Kunstrasenplatz bei Union zu nennen, den auch unsere Fraktion für den Sport in Lüdinghausen immer gefordert hat. Ein wichtiger längst überfälliger Schritt. Nachdem Fortuna das neue Stadion bekommen hat und dafür auch erhebliche Eigenmittel aufbringen konnte und musste. An dieser Stelle möchte ich das Engagement der Fortunen herausstellen, es ist schon toll was die da oben auf die Beine kriegen. Und ich gehe davon aus, dass Union mit gleichem Engagement vorgehen wird.

Doch das reicht bei weitem nicht für den Sport aus. Dringend brauchen wir eine Mehrfachsporthalle, mit Renovierungen der alten Hallen, teilweise über hundert Jahre alt und abgängig, werden wir uns dauerhaft nicht verbessern, geschweige denn den bisherigen Stand halten können. Auch der Vereins- und Spitzensport und die Kultur rufen nach einer solchen Mehrzweckhalle. Auch das muss mittelfristig, das heißt in 2 – 3 Jahren gelöst werden können. Die SPD sieht hier dringenden Handlungsbedarf für eine neue Halle, in der auch unsere Vereine Spitzensport betreiben können. Daher muss gemeinsam mit den Vereinen geplant werden. Hier findet ein Großteil der Jugendarbeit statt und das ist nicht hoch genug anzurechnen.

Der Haushaltsentwurf sieht Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1.611.000 € vor. Dabei fehlten aber die Ermächtigungen für den Umbau der Mariengrundschole. Diese 2,3 Mio. Euro wurden nicht verpflichtend festgeschrieben für 2009 und 2010. Für uns hat der Umbau und die Umgestaltung der Mariengrundschole elementare Bedeutung. Seit Jahren kasporn wir da rum, weisen neue Baugebiete in Seppenrade aus, provisorisch findet eine Übermittagsbetreuung statt. Die Pavillons müssen dort endlich weg, eine Kernforderung unserer Fraktion seit Jahren. Investitionen in Bildung sind Investitionen, die Mittelfristig die beste Rendite abwirft in einem Land das kaum Rohstoffe hat. Und das gilt insbesondere für eine Stadt, die Schulstadt sein will wie Lüdinghausen. Das verstehen wir

Sozialdemokraten als nachhaltige Politik. Vor diesem Hintergrund ist es für uns völlig Unverständlich, warum Sie sich weigern, die Mittel für die Marienschule verpflichtend einzustellen.

Den Beginn des Endausbaus der Straßen im Baugebiet Stadtfeld II begrüßen wir ausdrücklich, es wird ja auch langsam Zeit, denn der Bürger hat schon einen Teil als Vorleistung erbracht. Wie notwendig jedoch der vorgesehene Ausbau der Wirtschaftswegen mit circa 194.000 € ist, können wir nicht erkennen. Ich zitiere aus unserer letztjährigen Haushaltsrede:

„ich darf daran erinnern, dass wir erst ein klassifiziertes Kataster für den Außenbereich erstellen wollten. Dann sollte geprüft werden, ob und in welchem Maße auch die Bewohner im Außenbereich an Erschließungskosten herangezogen werden können. Dringend fordern wir hier das Straßenkataster mit der Bewertung und Klassifizierung. Hier fordern wir unverzüglich die Umsetzung der Ergebnisse aus dem GPA-Gutachten.“

Und es sind hier nicht nur die oben erwähnten 194.000 Euro, hinzu kommen fast 400.000 Euro bis 2011 für Schölers Strötken.

Keinen Schritt weiter! Auch hier wieder nichts dazugelernt.

Grundverkaufserlöse:

Am Samstag wurde das Ende des Baubooms auch in Lüdinghausen öffentlich in der Presse bekundet. Wir stellen hier einen Gewinn von 531.000 Euro ein, wollen Grundstücke mit einem Buchwert von ca. 1,46 Mio. Euro verkaufen. Der Umsatz beträgt also fast 2 Mio. Euro. Ob wir das erreichen, ob die Gewerbesteuererinnahmen von 6,2 Mio. und der Anteil an Einkommensteuer von 8,5 Mio. erzielt werden können, angesichts der wirtschaftlichen Daten und Prognosen mehr als fraglich.

Bei der offenen Jugendarbeit gab es gute Ansätze im Bereich des Street-Working, Leider hat uns der Mitarbeiter nach kurzer Zeit verlassen. Aber wir erwarten, dass mit dem neu eingestellten Mitarbeiter die begonnene Arbeit fortgesetzt wird. Ausdrücklich begrüßen wir auch die Erweiterung um eine halbe Stelle. Eine volle Stelle, wie der Stellenschlüssel es zulassen würde wollen wir uns nicht leisten, weil wir angeblich den Eigenanteil nicht aufbringen können, so wurde Herr Dr. Wald in der Presse zitiert. Welchen Stellenwert hat denn eigentlich die Jugendarbeit? Die Frage lautet nicht ob wir uns das leisten können, es ist eine Frage des Wollens. Soeben wurde die neue Studie zur Jugendkriminalität vorgestellt.

Zwei Aspekte möchte ich hier nennen, die der Kriminologe Christian Pfeiffer aufgezeigt hat:

1. Jugendkriminalität kommt deutlich häufiger vor bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Bei genauer Betrachtung zeigt sich aber, dass bei Berücksichtigung des sozialen Umfeldes kaum signifikante Unterschiede zwischen Deutschen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund auszumachen sind.

2. Jugendliche mit Migrationshintergrund brauchen eine deutlich stärkere schulische Förderung. Es ist in einigen Städten gelungen, durch verbesserte Förderung den Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund an weiterführenden Schulen deutlich zu erhöhen.

Hier ist auch in Lüdinghausen dringen Handlungsbedarf. Im Haushalt wird aufgezeigt, dass an unserer Hauptschule der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich hoch, aber an der Realschule und an den Gymnasien viel zu gering ist. Hier muss zwingend angesetzt werden. Wir müssen, und das werden wir Sozialdemokraten auch weiterhin fordern, stärker in eine soziale Infrastruktur investieren und nicht in Kameras. Wir fordern angesichts der vorliegenden Daten eine bessere schulische Migrationspolitik und ein qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot in Kindergärten und Schulen. Das ist neben der offenen und aufsuchenden Jugendarbeit die beste Prävention.

Wir werden wie bereits auch letztes Jahr schon gesagt, grundsätzlich dem Einsatz sogenannter Schwarzer Sheriffs nicht zustimmen, im Einzelfall kann es ja sinnvoll sein, zum Beispiel beim Stadtfest. Ebenso wenig einer Videoüberwachung, das bringt aus unserer Sicht in der Fläche nichts. Für Gebäude wie Schulen sieht es etwas anders aus. Vor Vandalismus oder Gewalt kann sie nicht schützen. Im Paterkamp, da geht doch keine Frau und kein junges Mädchen mehr nach Einbruch der Dämmerung über die Südwiese zur Stadt. Die haben Angst, zu viel ist bereits passiert. Als die

Landesregierung noch rot-grün war, haben sie Herr Bürgermeister ständig an das Land geschrieben, jeden Missstand beklagt. Wir erwarten, dass nach den Ausführungen, die im HFA gemacht wurden, eine stärkere Polizeipräsenz vor Ort kurzfristig umgesetzt wird.

Planerisch sollten wir gerade auch bei den nächsten Tagesordnungspunkten sehr vorsichtig und nicht überstürzt vorgehen. Wer zwingt uns denn zu so kurzfristiger Entscheidung im Bezug auf Münsterstraße und Blaufärbergasse? Mit Verlaub, über Geschmack lässt sich streiten, aber hier fordern wir noch eine Alternative. Wir werden den Planungen in dieser uns vorgestellten Form nicht zustimmen können. Auch sehen wir hier keine Dringlichkeit, wohl aber die Vorrangigkeit einer Gestaltungssatzung. Wenn dann eben diese Satzung ausgehebelt werden soll mit dem Ausspruch, sie sei ja 15 Jahre alt, dann ist das nicht nachvollziehbar. Sie ist noch nicht einmal Volljährig, meine Damen und Herren. Wir müssen den Bürgerwillen berücksichtigen und nicht gegen ihn planen. Daher unsere Forderung nach einer Alternative.

Auch die Frage nach den Stellplätzen ist für uns an dieser Stelle völlig ungeklärt. Unklar ist auch die weitere Entwicklung in dem gesamten Umfeld.

Ich möchte daran erinnern, dass für Planung immer noch der Rat zuständig ist und nicht die Investoren oder Architekten!

Auch wir haben hier ein teuer gekauftes Grundstück in der Borg, das vor sich hin schlummert. Ich weiß, sie erinnern sich nicht gerne daran, aber hier liegt Kapital brach und es fehlt hier eine Konzeption.

Ausblick:

Die Mittelfristige Finanzplanung lässt Böses ahnen, in 3 Jahren ist die Ausgleichsrücklage weg.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

wir haben letztes Jahr gefragt: Was machen wir denn, wenn die Konjunktur mal wieder eine Delle bekommt? Wo sind die Rücklagen, die wir dafür bilden müssten?

Nicht ist passiert nichts! Nichts.

Anstatt die Ausgleichsrücklage aufzubauen, schmilzt sie dahin wie ein Eisberg in der Wüste.

Vom Projekt Stadthalle in der DKV sollten wir uns endlich verabschieden, auch gescheitert. Vielleicht ist ja der Vorschlag, das Dixie-Gelände zum Busdepot der RVM zu machen gar nicht so verkehrt. Wenn statt imaginären Bowling Kugeln wenigstens Räder rollen würden.

Auch für das Projekt „Stadt macht Platz“ sind Mittel für 2010 und 2011 in Höhe von 648.000 Euro eingestellt, aber wer soll denn hier weiter planen? Auch hier geht nichts weiter.

Wir sollten unsere Kraft und das geplante Geld lieber in unser Schulsystem investieren. Neben dem weiteren Ausbau der qualifizierten Übermittagsbetreuung und der offenen Ganztagsgrundschule müssen mittelfristig, das heißt für mich in der nächsten Legislaturperiode, aus den konfessionsgebundenen Grundschulen Gemeinschaftsgrundschulen werden. Es passt nicht in eine Schulstadt wie Lüdinghausen sie sein will, dass alle Grundschulen konfessionsgebunden katholisch sind. Das steht einer offenen Gesellschaft entgegen.

Ein Sprichwort sagt,

„Wohin die Reise geht, hängt nicht davon ab, woher der Wind weht, sondern wie man die Segel setzt.“ Die Lüdinghauser Sozialdemokraten setzen Ihre Segel klar in Richtung Bildungsinvestitionen: Wir erwarten daher, dass unsere Stadt das Konjunkturpaket der Bundesregierung ernst nimmt und entsprechend kurzfristig umsetzt. Wer das nicht will, handelt verantwortungslos!

Wir sehen an diesem Haushalt und in der Perspektive, dass es definitiv keine Geschenke mehr zu verteilen gibt. Deshalb hat die SPD bei den Haushaltsberatungen keine neuen Anträge gestellt. Bis auf einen, der uns

wichtig ist, Festschreibung der Mittel für die Mariengrundschule als Verpflichtungsermächtigung. Selbst dem sind sie nicht gefolgt.

Zusammenfassend möchte ich feststellen:

Die mit diesem Haushalt vorgelegten Zahlen sind eher noch zu schön gezeichnet. Die Umsetzung des GPA-Gutachtens erfolgt nicht in ausreichender Weise.

Die Eröffnungsbilanz liegt immer noch nicht vor.

Die sich abzeichnende schwieriger werdende wirtschaftliche Lage mit möglichen Einbrüchen bei den Einnahmen und möglichen Steigerungen bei den Ausgaben ist nicht eingerechnet. Dies wird den Haushalt 2009, dies wird die folgenden Haushalte noch – vielleicht dramatisch– verschlechtern.

Sie packen, meine Damen und Herren von CDU, die strukturellen Probleme, die dieser Haushalt mit aller Offenheit zeigt, nicht an: Dieser Haushalt zeigt keinerlei Perspektiven für die Stadt auf, zeigt nicht, wie die Zukunft bewältigt werden kann.

Das Thema Stadtwerke Münsterland spare ich mir heute, das wird den nächsten Rat betreffen.

Die SPD-Fraktion lehnt den Haushalt 2009 und den Stellenplan ab.
